

EURO-Resolution der FREIEN WÄHLER

Verabschiedet auf der Bundesmitgliederversammlung am 16. Juni 2012 in Geiselwind

**Für die Zukunft Europas: Nein zu „Rettungsschirmen“ und Zentralismus!
Für eine währungspolitische Neuordnung nach Wirtschaftskraft!**

Die FREIEN WÄHLER stehen für ein demokratisches, wirtschaftlich solides Europa der Bürger und Regionen. Die Politik steht in Verantwortung für Frieden, Wohlstand und Demokratie.

Wir wollen kein unsolides Europa der zentralen Bevormundung, in dem Neid und Zwietracht gesät werden. Die Grundbedingung für die Einführung des Euro war die Eigenverantwortung der teilnehmenden Staaten: Niemand darf für die Schulden anderer Länder in Haftung genommen werden, da ansonsten der eigene Antrieb für solides Wirtschaften entfällt und für Spekulanten ein breites Betätigungsfeld eröffnet wird. Dieser Grundsatz der Eigenverantwortung muss wieder gelten! ESM und Fiskalpakt führen zur Vergemeinschaftung der Schulden. Das ist Vertragsbruch!

Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb aus Sorge um Europa Bundestag und Bundesrat auf, ESM und Fiskalpakt abzulehnen!

Die Sorge um den Euro darf nicht weiter dazu missbraucht werden, eine Zentralisierung Europas gegen den Willen der Bürger voranzutreiben! Europäische Zentralregierung, Bankenunion, Fiskalunion usw. als angebliche Mittel gegen die Eurokrise zerstören den europäischen Gedanken.

Wir fordern, die Ursachen der Eurokrise gezielt zu lösen: Konsum auf Pump muss wieder ersetzt werden durch Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe. Staaten, die massiv gegen gemeinsam vereinbarte Grundsätze verstoßen, sind in der Eurozone nicht richtig aufgehoben und sollten im Bedarfsfall zur eigenen Währung zurückkehren. Solidarität darf nicht missbraucht werden! 10 der 27 EU-Mitgliedsstaaten gehören der Euro-Zone nicht an. Damit ist die Euro-Zone in ihrem derzeitigen Zuschnitt nicht unverrückbar.

DIE EUROPÄISCHE UNION MUSS VORBEREITET SEIN FÜR EINE WÄHRUNGSPOLITISCHE NEUORDNUNG DER EU-LÄNDER – BISHERIGE NICHT-EUROLÄNDER EINGESCHLOSSEN.

Ziel muss es sein, den Ländern mit schwächerer Wirtschaftsleistung eine bessere Wettbewerbsfähigkeit zu ermöglichen, damit sie wieder selbst ökonomisch auf die Füße kommen können. Zugleich soll die Kraft der Staaten mit erfolgreicherem Kennziffern erhalten werden.

Für EU-Staaten, welche die Euro-Kriterien erfüllen, muss die Eurozone wieder so attraktiv werden, dass sie beitreten wollen. Das ist derzeit nicht der Fall – der größte Beweis für die falsche „Bewirtschaftung“ des Euro! Neben dem unsoliden Wirtschaften in den Euro-Krisenländern sind auch die Spekulationsexzesse der Finanzmärkte Mitverursacher der Krise.

Die FREIEN WÄHLER fordern auch hier die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft ein: Jeder ist für sein wirtschaftliches Handeln selbst verantwortlich. Der Steuerzahler darf nicht weiter für die Spekulationsunfälle der Manager in Haftung genommen werden!

Das System der „systemrelevanten Banken“ muss durchbrochen werden. Investment- und Kundengeschäft sind zu trennen. Mehr Eigenkapitalhinterlegung ist zu fordern, Managerhaftung ist einzuführen! Die Finanzmärkte müssen soweit reguliert werden, dass sie die Realwirtschaft nicht weiter gefährden. **Auf diesen Grundsätzen arbeiten die FREIEN WÄHLER für die Wiederbelebung der positiven Idee von Europa: für Frieden, Wohlstand und Demokratie!**